

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kroftanschrift: Tageblatt Riefa,  
Demuf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa.

Postkonto: Dresden 1580  
Circuloffe Riefa Nr. 52.

Nr. 212.

Mittwoch, 10. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebandes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Melleszeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Newilliger Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Frühling an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riefa.

## Wirtschaftshoffnungen.

Wohl. Grundlage wirtschaftlicher Weiterarbeit im Rahmen der in London angenommenen Abmachungen kann für die in erster Linie maßgebenden Persönlichkeiten naturgemäß nur ein gewisser Optimismus sein, der sich bereit macht, die Dinge anzufassen, und der Anaristisdalligkeiten liest. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat, was man die Gesamtlage beurteilen wie man will, augensichtlich die Aufgabe, aus den Verhältnissen für Deutschland herauszuholen, was überhaupt herauszuholen ist. Es ist verständlich, daß er sich nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite hin eine möglichst günstige Stimmungsumhüllung zu schaffen sucht. Unter diesem Gesichtspunkte ist die Unterredung zu verstehen, die Dr. Schacht zwischen dem Berliner Vertreter eines französischen Nationalistenblattes geführt hat. Die wichtigste Persönlichkeit, mit der Dr. Schacht in der nächsten Zeit zusammen zu arbeiten haben wird, ist der sogenannte Generalagent Herr Young. Dr. Schacht stimmt mit Young in der Grundauffassung des Problems überein. Beide Männer glauben an die Schwerkraft der sogenannten Wirtschaftsvernunft, die genug Gewicht besitzt, um politische und psychologische Hemmungen, die ja sicherlich zu erwarten sind und die in London bereits so unangenehm auf die Endgestaltung des Paktes eingewirkt haben, auszuhalten oder doch entscheidend zu beeinflussen. Diese Gedankenvereinbarung der beiden zur Zeit wichtigsten Persönlichkeiten ist immerhin wertvoll, mag man sich sachlich zu ihren Ansichten stellen wie man will. Die Arbeit wird jedenfalls erleichtert. Für Herrn Young spricht außerdem noch der Umstand, daß er sich nur nach starker Selbstüberwindung zur Übernahme eines Postens entschlossen hat, der ja, wie Young selbst feinerseitig zugegeben hat, Möglichenmachung des Unmöglichen verlangt.

In sachlicher Beziehung ist Dr. Schacht, wie ja bereits bekannt ist, ein Anhänger der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung. Auch in seiner neuesten Unterredung bringt er diesen Standpunkt mit einer Entschiedenheit zum Ausdruck, der sicherlich nicht nur dadurch beeinflusst ist, daß er zu einem Franzosen spricht. Sein wirtschaftlich gesehen sieht sich die Notwendigkeit enger Verflechtung der französischen und deutschen Wirtschaftsbelange wie ein roter Faden durch die Geschichte des letzten Jahrzehntes. Die Verbindung von Erz und Kohle zeitigte gewisse Kriegszieleforderungen der deutschen Schwerindustrie während des Krieges, sie schwebte den Wirtschaftlern verschiedener politischer Einstellung in den Leidensjahren der Nachkriegszeit vor. Die Schuld, daß das Zusammenarbeiten deutscher und französischer Interessen nicht zustande kam, lag nicht auf deutscher Seite. Es ist es doch immer und immer wieder Frankreich, und das heißt wiederum das französische Großkapital, gewesen, das diese Interessenverflechtung, gestützt auf die politisch militärische Überlegenheit Frankreichs, in einer Weise herbeiführen wollte, die nun einmal für Deutschland nicht tragbar ist und die letzten Endes eine gesunde Wirtschaftsentwicklung ausschließen mußte. Was in London beschlossen worden ist, steht leider in weit höherem Maße noch unter dem Einfluß französischen Vormachts und Herrschaftstrebens als es Dr. Schacht in seiner Unterredung zu erwähnen für angemessen hält.

Die Zusammenarbeit, wie Frankreich sie sich denkt, ist weiter nichts als eine Societas leonina, bei welcher Frankreich die Fleischstücke für sich beansprucht und Deutschland möglichst nichts weiter als abgenagte Knochen lassen will. Die Frage des deutsch-französischen Handelsvertrages als Ergänzung der Londoner Abmachungen ist ein Lieblingsgedanke des Reichsbankpräsidenten. Daß England mit gewissen Befürchtungen auf diese Entwicklung sieht, ist an sich nicht erstaunlich. Dr. Schacht glaubt, daß die deutsch-französischen Vereinbarungen so gestaltet werden können, daß auch England sich nicht durch sie beengt zu fühlen braucht. Außerdem ist es ja England gewesen, das durch die Bidschwärze seiner Politik Deutschland geradezu in diese der Londoner Welt nicht angenehme Einstellung hineingezwungen hat.

Nicht von Deutschland, sondern von Frankreich wird es abhängen, ob die Wirtschaftshoffnungen Dr. Schachts sich erfüllen. Nicht der Geist, wie er in London noch übermächtig hervorgetreten ist, der Geist absoluten Machtwillens und rücksichtsloser Ausnutzung der politisch militärischen Überlegenheit des Gegners kann eine gesunde Entwicklung verbürgen, sondern die Anerkennung der nüchternen Tatsachenverhältnisse und Kräfte, die sich zwangsläufig in wirtschaftlichen Dingen auswirken. Die Anerkennung der deutschen Leistung und Eigenkraft, die sich, wenn auch allzu sehr im Gewande der Furcht in den Ereignissen der jüngsten Zeit ausdrückt, ist an sich für Deutschland, für das deutsche Volk ehrenvoll. Sie muß sich jedoch von der geradezu phantastischen Überhöhung der Verhältnisse, von der Abiegung der doch tatsächlich bestehenden Schwäche Deutschlands in den vergangenen Jahren freimachen, wie sie die öffentliche Meinung besonders in Frankreich immer noch beherrscht.

## Dr. Schacht zur Anleihe.

Paris. Dem Berliner Berichterstatter des Echo de Paris erklärte Reichsbankpräsident Dr. Schacht unter anderem: Die Atmosphäre ist unbefriedigend besser. Ich habe jetzt volles Vertrauen in den Erfolg der 800-Milliardenanleihe. Ich bedauere, daß die französischen Unterhändler sich nicht zur Räumung des Ruhrgebietes in einer kürzeren Frist entschlossen haben. In der ganzen Welt hätte man dann begriffen, daß Europa endlich in Frieden leben sollte. Die Ideen Owen Youngs scheinen mir sehr vernünftig. Ich bin überzeugt, daß wir in sehr betrüblicher Weise zusammenarbeiten werden. Ich werde bald ein Buch über die Währungsfrage während der letzten zehn Jahre schreiben und auseinandersetzen, wie die Renten-

mark bis zum letzten Zeitpunkt geleitet worden ist. Ein Ziel ist die Rückkehr zum Gold gewesen. In einem Exportland, das vom internationalen Handel abhängt, muß man auf die Goldwährung zurückkommen. Die Herstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ist uns unerlässlich, um ein wahrhaftiges Friedensgefühl aufkommen zu lassen. Die Vereingung des französischen Eisens mit der deutschen Kohle eröffnete besonders verführerische Aussichten. Ein solcher Handelsvertrag würde keine Schädigung für England bedeuten. Ist auf beiden Seiten dieser Wille vorhanden, so erscheint mir ein günstiges Ergebnis der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht zweifelhaft.

## Der entscheidende Kabinettsrat.

Berlin. Die schwerwiegende Bedeutung des Kabinettsrats, der Anfang nächster Woche in Berlin stattfindet, wird von den führenden Stellen aller Parteien erkannt, und es wird nicht an Bemühungen fehlen, auf die einzelnen Kabinettsratsmitglieder den stärksten Einfluss nach der einen oder der anderen Richtung auszuüben. Vorläufig bestehen noch gewisse Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen dem Reichsminister Dr. Marx und dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann. Während Dr. Marx der Ansicht ist, daß er sich in der Frage der Abfindung der Kriegsschuldnote ebenso wie in der Frage des Völkerbundes und der Bürgerblockbildung nach allen Seiten hin frei fühlt, steht Dr. Stresemann auf dem Standpunkt, daß die Zusagen, die man vor den Abstimmungen über die Geleise zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens den Deutschen internationalen gegeben hat, unbedingt einhalten müsse. Mit dieser Auffassung befindet sich Dr. Stresemann durchaus im Einklang mit seiner Fraktion, und es spricht alles dafür, daß auch die übrigen Kabinettsratsmitglieder, die der Deutschen Volkspartei nahestehen, diesen Standpunkt vertreten werden. Die demokratischen Kabinettsratsmitglieder dürften sich dagegen für eine Unterlassung oder zum mindesten eine langfristige Sinausschiebung der Übermittlung der Note aussprechen. Nach welcher Seite hin Dr. Marx und die Zentrumsmänner ihre Entscheidung fällen werden, dürfte von einer letzten Besprechung abhängen, die in führenden Zentrumskreisen unmittelbar vor der Kabinettsratssitzung abgehalten werden wird. Aber eben deshalb, weil die Unstimmigkeiten in diesen Fragen innerhalb des Kabinetts noch sehr tiefgehend sind und eine Einigung nur schwer zu erzielen sein wird, wäre jede Voraussetzungen verfrüht. Nebenfalls ist für die nächste Zeit ein lebhafter Meinungsanstausch in der Führerschaft der verschiedenen Parteien zu erwarten. Man spricht auch bereits davon, daß die Vorkämpfer aus London und Paris nach Berlin berufen werden sollen, um über die Stimmung in den englischen und französischen Regierungskreisen Bericht zu erstatten.

## Das Ergebnis der Arbeitsminister-Konferenz.

Berlin. Die Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens ging gestern vormittag zu Ende. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird folgendes mitgeteilt: Nachdem die Minister erneut festgestellt hatten, daß es vor allem aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf der Grundlinie des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Anwendung des Arbeitsvertrages zu gelangen, wurde das Abkommen einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Sie bezweckten dabei, die unter ihnen etwa bestehenden Auslegungsschwierigkeiten zu beseitigen und so ihren Regierungen zu erleichtern. Es konnte festgestellt werden, daß in den meisten Punkten ihre Auffassungen übereinstimmen oder doch nicht sehr erheblich von einander abweichen. Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zu gelangen.

## Von der Völkerbundstagung.

Die Tagung der juristischen Kommission.  
Genf. Auf der Tagesordnung der juristischen Kommission, die gestern nachmittag zusammentrat, standen drei wichtige Gegenstände. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Frage der Schlichtung von Streitigkeiten und die Frage der Schaffung für den internationalen Gerichtshof einer Unterkommission zu überweisen. Es handelt sich hierbei um die von Macdonald und Herriot am 6. September eingebrachte und von der Vollversammlung angenommene Resolution, die als hauptsächlichliche Vorlage der vorigen Woche angesprochen werden muß. Der Änderungsantrag der britischen Regierung für Artikel 16 des Statuts, der die wirtschaftliche Blockade betrifft und in dem die englischen und französischen Anschauungen scharf auseinandergesetzt, wurde als ein Unterkommission überwiegen, für die Doudeur für Frankreich, Cecil Hurst für England, Prof. Burkhardt für die Schweiz, Prof. Lie für Schweden und der Holländer Limburg ernannt wurden. Der Kommissionsbericht über den juristischen Beistand für Unbemittelte wurde angenommen.

## Die Dienstagnachmittagsitzung des Völkerbundsrates.

Genf. Am Dienstag nachmittag trat der Völkerbundsrat zu einer Sitzung unter dem Vorsitz Opimans zusammen. Als erster Gegenstand der Tagesordnung lag ein Bericht des Kommissions für Flüchtlingswesen Ranken vor, der sich mit russischen und armenischen Flüchtlingen befaßt. Der Rat beschloß, dem Vorschlag Rankens stattzugeben. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf den Schluß

der Interessen von Danziger Wärgern und Danziger Unternehmungen in Polen. Berichterstatter ist der Spanier Quinones de Leon. Es handelt sich um vier konkrete Streitfragen, von denen es gelang, bereits zwei auf dem Wege direkter Verhandlungen zu schlichten. Der Rat beschloß, den spanischen Juristen Betella und den schwedischen Juristen Unden einzuladen, die beiden ungelösten Streitfragen, den Fall Schauer und den Fall Rügen einer Prüfung zu unterziehen und dem Rat Bericht zu erstatten. Weiterhin liegt dem Völkerbundsrat ein Bericht der Kommission für geistige Zusammenarbeit vor. Der Rat fordert das Generalsekretariat auf, diejenigen Staaten, die sich noch nicht dem Berner Abkommen über das Autorenrecht angeschlossen haben, hierzu zu bewegen. Ueber die Arbeiten der wirtschaftlichen Kommission erstattete der Belgier Opimans Bericht. Der Bericht wurde vom Rat des Völkerbundes genehmigt, ebenso die Mittel, die von der Regierung zum Schutze gegen die illegale Konkurrenz vorgeschlagen wurden.

## Aus einer Geheimfaltung.

Genf. Nach der gestrigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats wurde eine geheime Sitzung abgehalten, über die das Völkerbundssekretariat folgende Mitteilung veröffentlicht:

Im Verlaufe einer nichtöffentlichen Sitzung beschäftigte sich der Völkerbundsrat mit der Frage des Untersuchungsrechts betr. die Rüstungen gewisser Länder. Wie man sich erinnert, war dem Völkerbundsrat in seiner Tagung vom vergangenen Juli hierüber ein Antrag der englischen Regierung vorgekommen, der sich auf die Ausübung des dem Rat in den Verträgen von Arnanon, St. Germain und Neuilly zuerkannten Untersuchungsrechts bezog. In Beantwortung einer Anfrage der Militärkommission legte auf Antrag Lord Barmoores der Völkerbundsrat Wert darauf, genau festzustellen, daß die Organisation, zu deren Prüfung die Militärkommission aufgefordert worden war, der Ausübung des Untersuchungsrechts angepaßt werden soll, so wie es ebenfalls im Vertrage von Versailles vorgesehen ist.

## Tirpitz öffnet sein Archiv.

Die Cottische Buchhandlung teilt der Presse mit: Aus Rücksichten verschiedener Art hat Großadmiral von Tirpitz die meisten der in seinem Besitze befindlichen Dokumente der Öffentlichkeit bisher noch nicht zugänglich machen können und auch in seiner ersten Publikation sich über wesentliche Vorgänge Schweigen auferlegt. Nunmehr ist aber die Zeit gekommen, in der das deutsche Volk ein Recht darauf hat, die Geheimnisse rückhaltlos zu kennen, aus denen sich das deutsche Schicksal der letzten zwanzig Jahre größtenteils erklärt. Großadmiral von Tirpitz hat sich deshalb zur Veröffentlichung seines Archivs ohne Einschränkungen entschlossen. Die Publikation des bedeutungsvollen Wertes wird noch im Spätherbst erfolgen.

## Der erste Tag der Abschlußkontrolle.

Berlin. Am Montag begann die interalliierte Militärkontrollkommission mit der Abschlußkontrolle in den verschiedensten Teilen des Reiches. Gleichzeitige Besuche, die einer Reihe von früheren Rüstungsfabriken und Formationen der Schutzpolizei galten, sind reibungslos und ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

## Die Bergarbeiter

### lehnen den Schiedsspruch ab.

Essen. Die vier Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch über die Lohnregelung bei den südlichen Randgebieten des Ruhrgebietes abgelehnt. Die Gruppe Weiser, Maschinisten und über Tage-Arbeiter der christlichen Metallarbeiter hat den Schiedsspruch ebenfalls abgelehnt.

## Schwere Sturmchäden in Japan.

New York. Aus Tokio wird gemeldet, daß ein schwerer Taifun in Formosa 3200 Häuser vernichtete. Der Schaden ist unübersehbar. Das Unwetter forderte 30 Menschenleben. Viele Einwohner Formosas sind verwundet und obdachlos.

## Deutscher Krankentag in München.

München. In der Schlußsitzung des Kongresses des Zweckverbandes der Krankenkassen Deutschlands wurde mitgeteilt, daß dem Verbande 2628 Kassen mit rund 2,5 Millionen Versicherten angeschlossen. Längere Erörterungen veranlaßte die Frage des Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen. Ministerialdirektor Dr. Geisler, Berlin, betonte, daß die Reichsregierung eine friedliche Lösung der bestehenden Gegensätze wünsche. In einer einstimmig angenommenen Entschließung kam zum Ausdruck, daß auch der Verband ein friedliches Zusammenarbeiten zwischen Ärzten und Kassen für unbedingt erforderlich halte, daß aber auch die Wünsche der Krankenkassen in Bezug auf die Zulassung der Ärzte und die Festlegung der Höhe des ärztlichen Honorars beachtet werden müßten. U. a. fordert die Entschließung, daß alsbald anstelle der bundesstaatlichen Geordnungsordnung eine Reichsgeordnungsordnung für die Krankenkassen trete, die nicht ohne Mitwirkung der letzteren erlassen werden dürfe. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Behrens, schloß die Sitzung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Die nächste Tagung findet in Wachen statt.